

Amerikanisch-russische
Beziehungen
auf dem Tiefpunkt

Schatten der Vergangenheit

Marc Oprach

Die Berliner Rede Barack Obamas wurde mit Spannung erwartet. 200 000 Zuschauer folgten live vor der Siegestsäule dem außenpolitischen Entwurf des charismatischen demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Ihre Begeisterung sowie die positiven Pressestimmen diesseits des Atlantiks hätten eindeutiger kaum sein können. Allseits wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass mit der Wahl Obamas eine neue, kooperative Außenpolitik Amerikas zu erwarten sei.

Zahlreiche Kommentatoren wiesen erleichtert auf die versöhnlichen Worte Obamas in Richtung Moskau hin, da es kurz zuvor während des G8-Treffens in Japan zu einer neuerlichen Verschlechterung der amerikanisch-russischen Beziehungen gekommen war, als am 8. Juli 2008 in Prag ein Abkommen über den Aufbau einer amerikanischen Radaranlage südwestlich der tschechischen Hauptstadt unterzeichnet wurde. Angesichts dieses Dauerstreitpunkts und der aktuellen Kontroverse um eine weitere NATO-Erweiterung, der Anerkennung des Kosovo und nicht zuletzt der von amerikanischer Seite kritisierten innenpolitischen Entwicklung Russlands kann zum Ende der Bush-Administration konstatiert werden, dass sich die amerikanisch-russischen Beziehungen auf einem historischen Tiefpunkt befinden. Obamas Ankündigung, die Mentalität des Kalten Krieges überwinden zu wollen, scheint daher auf einen hoffnungsvollen neuen Weg der amerikanischen Russlandpolitik zu weisen.

Neben der bereits vor der Rede absehbaren Kritik seines Kontrahenten John McCain lassen jedoch die skeptischen Töne des russischen Oppositionellen Garri Kasparow aufhorchen. In einem Artikel des *Wall Street Journal* vom 29. Juli 2008 stellt er den Erfolg der von Obama skizzierten Russlandpolitik infrage. Bezugnehmend auf die berühmt gewordene Berlinrede des Präsidenten Reagan, die in der Aufforderung gipfelte: "Mr. Gorbachev, tear down this wall!", konstatiert er, dass diese Rede wirkungslos geblieben wäre, hätte Reagan seine Außenpolitik aus einer Position der Schwäche heraus betrieben. Reagan gelang es vielmehr, den Fehler Kennedys zu vermeiden, der während seines ersten Treffens mit dem sowjetischen Präsidenten Chruschtschow am 3. Juni 1961 in Wien zu kooperativ und unentschlossen auftrat. Chruschtschow rechnete nach seiner Begegnung keinesfalls mit einem entschiedenen Vorgehen des amerikanischen Präsidenten, den er für jung, weich und schwach hielt. In einer Rückschau erscheint Chruschtschows Fehleinschätzung als eine wesentliche Ursache der Kuba-Krise, die die Welt zu Beginn der Sechzigerjahre an den Rand eines atomaren Infernos führte.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain erlebte diese globale Beinahe-Katastrophe im Oktober 1962 aktiv mit. Während er als sechsundzwanzigjähriger Marineflieger in höchste Alarmbereitschaft versetzt wurde, war sein Kontrahent Obama zu diesem Zeit-

punkt gerade geboren. Mehr als zehn Jahre nach der Kuba-Krise im Frühjahr 1973 lernte McCain Ronald Reagan, der zu diesem Zeitpunkt Gouverneur von Kalifornien war, persönlich kennen. Ronald Reagan war sehr an der Lebensgeschichte McCains, der erst zwei Monate zuvor aus der insgesamt mehr als fünfjährigen Kriegsgefangenschaft in Vietnam entlassen worden war, interessiert.

Rückblickend betrachtet, hatte die programmatische Ausrichtung Reagans einen nachhaltigen Effekt auf die politische Agenda McCains. Reagans „Kreuzzug für die Freiheit“ gegen „das Reich des Bösen“ prägt die Wahrnehmung der Sowjetunion beziehungsweise Russlands als Wettstreiter und Gegner gerade zu Beginn des politischen Lebens McCains. Auch wurden der Glaube an die Bedeutung einer starken Verteidigung, der globale Kampf für die Freiheit und schließlich der Antikommunismus zu Konstanten des politischen Denkens McCains.

Wiederkehr des Kalten Krieges?

Das Ende des Kalten Krieges ließ den Antikommunismus als politische Idee überholt erscheinen. So prophezeite Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch des Kommunismus das Ende der Geschichte und formulierte den Traum der Menschheit: „At the end of history, there are no serious ideological competitors left to liberal democracy.“ Heute jedoch konstatiert der neokonservative Politologe Robert Kagan im Gegensatz hierzu in seinem Buch *The Return of History and the End of Dreams* die Wiederkehr des ideologischen Konfliktes zwischen den liberalen Demokratien und den antidemokratischen Autokratien (deutscher Buchtitel: *Die Demokratie und ihre Feinde*).

Die identische Wortwahl McCains macht seine ohnehin offenkundige Nähe zu Kagan deutlich. In einem Interview mit dem US-Fernsehsender ABC wiederholte McCain am 27. Juli seine Forderung,

Russland aus dem Kreis der G8 auszuschließen. Der ehemalige russische Präsident Wladimir Putin habe Russland „auf einen sehr schlechten Weg gebracht“ – „Russland ist eine Autokratie geworden“.

Der Ausschluss Russlands aus dem Kreis der G8 aufgrund der antidemokratischen Entwicklung des Landes ist jedoch nicht der einzige Konfrontationspunkt. Auch die wiederholte von McCain propagierte Idee einer Liga der Demokratien würde den Einfluss Russlands in dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen reduzieren. Ferner ist McCain ein klarer Befürworter einer NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine und wird zudem die Pläne Bushs zur Implementierung einer Raketenabwehr in Osteuropa fortführen. Diese klare Linie McCains lässt einer kooperativen Russlandpolitik wenig Raum. Im Mai 2008 überraschte McCain jedoch sowohl seine Anhänger als auch seine politischen Gegner, als er bekannt gab, nach der Übernahme des Präsidentenamtes mit Russland in konkrete Verhandlungen zur Reduzierung nuklearer Gefechtsköpfe treten zu wollen. Wörtlich sagte er: „Today, we deploy thousands of nuclear warheads. It is my hope to move as rapidly as possible to a significantly smaller force.“

Randy Scheunemann, langjähriger Kritiker der antidemokratischen Entwicklung Russlands und einer der führenden außenpolitischen Berater McCains, offenbarte die strategische Ausrichtung der zukünftigen Russlandpolitik, als er darauf hinwies, dass auch Präsident Reagan anfänglich aufgrund seiner rauen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion kritisiert wurde. Er, der die Sowjetunion als Reich des Bösen titulierte, verhandelte jedoch nur wenige Jahre später erfolgreich mit der nächsten Generation der sowjetischen Führung.

Auch der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama kündigt an, mehr Demokratie und Transparenz in

Russland einzufordern. Obwohl er die „democratic erosion inside Russia“ kritisiert, hält er es jedoch für einen Fehler, Russland nur als Bedrohung wahrzunehmen. Vielmehr sei Russland weder ein Verbündeter noch ein Feind. Die führende außenpolitische Beraterin Obamas, Susan Rice, betonte in einem *Spiegel*-Interview, dass Obama nicht die Entfernung Russlands aus dem Kreis der G8 plane. Ferner erteilte sie dem Denkansatz Kagans eine Absage und hob hervor, dass sich „die Welt nicht einfach in Gut gegen Böse aufteilen“ lasse.

Das entscheidende Merkmal der zukünftigen Russlandpolitik Obamas ist seine Uneindeutigkeit in zentralen Themenfeldern. So plädiert Obama zwar klar für den Verbleib Russlands im G8-Staatenverbund, äußert sich zum geplanten US-Raketenabwehrschirm jedoch nicht oder nur am Rande. Auch Obamas Position bezüglich einer Reform der Vereinten Nationen ist offen. Zwar will Obama einerseits die Vereinten Nationen stärken und strukturelle und organisatorische Mängel nicht länger als Argument für amerikanische Alleingänge nutzen, doch letztlich schließt auch er die Anwendung militärischer Gewalt und dabei auch unilaterales Handeln nicht aus, wenn es um die Verteidigung amerikanischer Sicherheitsinteressen geht. Es überrascht daher nicht, dass neben anderen Kommentatoren beispielsweise der US-Politologe Stephen Cohen in einem Interview vom 7. Juli erklärte, dass Obama und McCain in Bezug auf ihre zukünftige Russlandpolitik „mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede“ aufwiesen.

Präziser als Obamas Aussagen zur Raketenabwehr und zu den Vereinten Nationen ist jedoch seine Position bezüglich der nuklearen Abrüstung. Weit vor dem Vorstoß McCains kündigte Obama an, mit Russland über eine Reduzierung nuklearer Gefechtsköpfe verhandeln zu

wollen. Der auch in seiner Berliner Rede skizzierte Menschheitstraum einer nuklearwaffenfreien Welt wäre durch eine amerikanisch-russische Einigung und Wiederbelebung bilateraler Abrüstungsverhandlungen auf einem positiven Weg. Auch die Idee einer globalen Ausweitung des INF-Vertrages, der den USA und Russland den Besitz von Mittelstreckenraketen verbietet, zielt in diese hoffnungsvolle Richtung.

Verhandlung oder Konfrontation?

Obwohl auch McCain ankündigte, im Dialog mit Russland eine Reduzierung der Atomsprengköpfe zu erwirken, offenbart dieses Themenfeld nicht nur ein gemeinsames Ziel beider Kontrahenten, sondern auch die gegensätzliche Ausrichtung beider Russlandstrategien. Obamas Beraterin Susan Rice hält die Strategie McCains für chancenlos und gibt in einem Statement entscheidende Hinweise auf das eigene außenpolitische Konzept: „Wie erfolgreich wäre die Politik McCains, wenn er an einem Tag Russland aus dem Kreis der G8 entfernt und am nächsten Tag mit Russland über die Reduzierung von Atomsprengköpfen verhandeln will?“

Der entscheidende Unterschied zwischen McCain und Obama ist demnach, dass McCain aus der Position der Stärke und mittels eines konfrontativen Kurses den Druck auf Russland zu erhöhen sucht, während die Uneindeutigkeit Obamas in entscheidenden Konfliktfeldern bereits jetzt auf eine Politik der Verhandlung und des Ausgleichs zum beiderseitigen Vorteil weist. Während McCain durch eine Rückbesinnung auf die Politik der Stärke des früheren US-Präsidenten Reagan einen Effekt auf die innenpolitische Entwicklung Russlands zu gewinnen hofft, scheint Obama bereits Monate vor Beginn seiner Präsidentschaft seine Verhandlungsstrategie entworfen zu haben, in der die Raketenabwehrplanungen und die Erweiterung der NATO zu ent-

scheidenden Trumpfkarten werden können.

Gravierende Unterschiede

Sowohl McCains als auch Obamas Statements zur zukünftigen Russlandpolitik sind demnach kalkuliert und entschlossen. Während jedoch der Ansatz Obamas auf eine kurz- und mittelfristige Entspannung der bilateralen Beziehungen deutet, wird sich der amerikanisch-russische Gegensatz bei McCain unweigerlich verschärfen, um erst nach einem etwaigen innenpolitischen Wandel Russlands zu einer mittel- bis langfristigen Annäherung zu führen. Insgesamt muss daher der Einschätzung Stephen Cohens widersprochen werden. Die Unterschiede der zukünftigen Russlandpolitik Obamas und McCains scheinen keineswegs marginal, sondern vielmehr gravierend. Wenngleich sich zweifelsohne identische Ziele beider Kandidaten feststellen lassen, ist die Bedeutung der divergierenden Ansätze und Strategien nicht zu unterschätzen.

Beide Konzepte beinhalten trotz ihrer fundamentalen Unterschiede gleichermaßen Chancen und Risiken. Zweifelsohne ist die vehemente Kritik des autoritären Trends der russischen Innenpolitik ein ebenso mutiger wie notwendiger Schritt. Bei der Betrachtung möglicher negativer Effekte der Russlandpolitik McCains werden sich jedoch gerade aus europäischer Perspektive die Sanktionierung von Menschenrechtsverstößen durch einen Ausschluss Russlands aus dem Kreis der G8 sowie die Gründung einer Liga der Demokratien in Konkurrenz der Vereinten Nationen als überaus problematisch erweisen.

Der kooperative Weg Obamas erscheint angesichts des aktuellen amerikanisch-russischen Zerwürfnisses verhei-

ßungsvoll. Doch bei einer Konzentration auf die Lösung bedeutsamer Sicherheitsfragen darf die Kritik der innenpolitischen Situation Russlands keinesfalls unberücksichtigt bleiben. Gerade das propagierte Ziel, die moralische Stärke der amerikanischen Außenpolitik wiederherzustellen, wäre bereits zu Beginn verspielt, sollte sich Obama in Menschenrechtsfragen als schwacher, nachgiebiger und kritikloser Verhandlungspartner Russlands erweisen.

Der neue amerikanische Präsident wird sich – egal ob er McCain oder Obama heißen wird – vom ersten Tage an enormen außenpolitischen Herausforderungen gegenübersehen. Die von McCain propagierte Politik der Härte und Führungsstärke ließ die Devise „a leader we can believe in“ zum Gegenmotto des Obama Slogans „change we can believe in“ werden.

In der Vergangenheit sahen sich viele neu gewählte Präsidenten gerade in den ersten Monaten ihrer Amtszeit mit enormen außenpolitischen Prüfungen konfrontiert. Neben der Kuba-Krise Kennedys eskalierte die Lage in Somalia kurz nach Amtsübernahme Clintons, und auch der 11. September 2001 stellte George W. Bush zu Beginn seiner Präsidentschaft auf eine harte Probe. Unabhängig von der Frage, ob McCain oder Obama am 20. Januar 2009 als neu gewählter amerikanischer Präsident den Eid auf die Verfassung schwören wird, kann zumindest einer Feststellung des republikanischen Kandidaten nicht widersprochen werden. In seinem in der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlichten außenpolitischen Grundsatzartikel weist McCain zutreffend darauf hin, dass der Start des neuen Präsidenten überaus abrupt verlaufen wird: „There will be no time for on-the-job training.“